

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit,“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum **Sonntagabend** jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom **Deutschen Bauarbeiterverbande** Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: **Montag vormittag 10 Uhr.** Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet

Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag.

Im Reichsarbeitsministerium fanden am 4. Juli erneut Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag für das Hoch- und Tiefbaugewerbe statt. Im Auftrag des Ministers leitete Herr Ministerialrat **Sauermann** die Verhandlungen. Mit Rücksicht auf die für diesen Tag angelegte Demonstration mußten die Verhandlungen mittags um 1 Uhr vertagt werden auf den 5. Juli.

Kollege **Paplow** erörterte zunächst die einzelnen Punkte, die auf unserm Verbandstage zur Ablehnung des vorgelegten Vertragsentwurfs geführt haben.

Kollege **Schönfelder**, Vorsitzender der Zimmerer, wies darauf hin, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes sein Versprechen, für die Annahme des Vertrages auf seiner Generalversammlung einzutreten, nicht erfüllt habe. Das habe bei den Zimmerern einen üblen Eindruck hinterlassen. Die Beschwerden des Bauarbeiterverbandes würden von den Zimmerern geteilt. Besonders in der Ferienfrage solle es unangenehm auf, daß sich in Hannover die Zimmerer mit den Unternehmern vor dem Landgericht herumschlagen müßten wegen der Ferienkammer.

Kollege **Hehrns**, Arbeitgeberbund, bestritt die Berechtigung der Vorwürfe Schönfelders. Im übrigen könne er im Augenblick auf die gestellten Forderungen nicht weiter eingehen, doch seien die Arbeitgeber bereit, den Vertrag nach dem vorberathenen Muster anzunehmen.

Im den Unternehmern Gelegenheit zur Sonderberatung zu geben, trennten sich dann die Parteien auf eine halbe Stunde. Nach dem Wiederzusammentritt erklärte Herr **Hehrns**, daß die Unternehmervertreter unsere Wünsche auf Änderungen des Vertragsmusters ablehnten. Auch ihnen sei auf der Generalversammlung der Kopf gewaschen worden, weil sie zu große Zugeständnisse gemacht hätten. Sollte es anders sein, so müßten auch die Unternehmervertreter ihre Sonderwünsche vortragen und auf deren Annahme durch die Arbeiter drängen.

Paplow: Danach hat es den Anschein, als seien weitere Verhandlungen unnötig, denn wir haben nicht den Auftrag, den von unserm Verbandstage abgelehnten Vertragsentwurf hier anzunehmen. Wir sollen im Gegenteil Verbesserungen mit nach Hause bringen.

Kollege **Wiederberg**, Vorsitzender des Christlichen Bauarbeiterverbandes, ersuchte den Arbeitgeberbund, doch die weiteren Verhandlungen nicht durch scharfe Ablehnung unnötig zu machen.

Der Vorsitzende ersuchte, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern noch einmal getrennt zu beraten und am 5. Juli wieder zusammenzukommen. Dem wurde von beiden Parteien zugestimmt.

Am 5. Juli teilte der Vorsitzende zunächst mit, welche Stellung die Unternehmervertreter in einer Besprechung mit ihm zu unsern Wünschen eingenommen haben. Weiter erwähnte er die Wünsche der Unternehmer. Im Laufe des Tages fanden dann noch mehrfach Unterbrechungen der gemeinsamen Beratung statt, um getrennt über einzelne Bestimmungen zu beraten. Mehrmals standen die Parteien kurz vor dem gänzlichen Abbruch der Verhandlungen, bis es endlich gelang, am späten Nachmittag ein Kompromiß zu schließen, das natürlich keine Partei vollständig befriedigt. In nachstehenden Zeilen teilen wir kurz die Änderungen an dem Vertragsentwurf mit; unsere Leser ersehen hier, den in Nr. 17 des „Grundstein“ veröffentlichten Entwurf zur Hand zu nehmen und zu vergleichen.

Der § 3 (Arbeitszeit) erhält in Ziffer 2 folgenden Zusatz: „Bei längeren Wegstrecken hat der Arbeitgeber entweder für Beförderungs-möglichkeit zu sorgen oder die gesamte Laufzeit im Bauwerk zu bezahlen“. Dieser Satz soll hinter „1000 m beträgt“ eingefügt werden.

Im § 4 (Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit) sollen in Ziffer 3 (Nachtarbeit der Regenstunden) die Worte „auf Verlangen des Arbeitgebers“ gestrichen und dafür gesetzt werden „im Benehmen mit der Betriebsvertretung (§ 7)“. Daraus ergibt sich dann klar und deutlich, daß das Nachholen dieser Stunden nur geschehen kann, wenn die Arbeiter es wollen.

Im § 5 (Arbeitslohn) wird in Ziffer 2 Absatz 2 zum Ausdruck gebracht, daß die jugendlichen Arbeiter eingeteilt werden in solche „bis zum vollendeten 16., über 16 bis 18 und über 18 Jahre“. Im Absatz 7 soll gesagt werden,

daß auch für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren besondere Löhne in den Lohn- und Arbeitstarifen festgesetzt werden können. Im Absatz 9 soll statt „Löhne“ gesetzt werden „Entschädigung“ und vor „Zunungen“ soll eingefügt werden „Handwerkerkammern“.

Im § 7 soll der Absatz 8, der von der Entlassung der Baulegitimierten handelt, die Mitglieder eines Delegiertenausschusses sind, gestrichen werden und dafür dem bisherigen Absatz 9 der Satz hinzugefügt werden: „Im übrigen gelten für die Entlassung die Bestimmungen der §§ 96 und 97 des Betriebsratsgesetzes“. Damit würden also nicht nur ein Teil, sondern alle Delegierten den Schutz dieser Bestimmungen genießen.

Fast unmöglich schien es, über eine Verbesserung der Ferienmöglichkeit zu einer Verständigung zu kommen. Es ist auch nicht gelungen, für das Jahr 1922 die Wartezeit von 40 Wochen abzufürzen. Für 1923 dagegen beträgt die Wartezeit nur noch 36 Wochen. Das ist ein kleiner Fortschritt, dem wir in der Zukunft noch weitere hinzufügen müssen.

Es ist nicht gelungen, den Satz: „Bestehende größere Lohnunterschiede werden hierdurch nicht berührt“, zu bestätigen. Dort wo also die Lohnspannung mehr als 5 % bezw. 10 % beträgt, kann diese größere Spannung bestehen bleiben, wenn es bei den bestzähligen und östlichen Verhandlungen nicht gelingt, sie zu verkleinern.

Nachdem im März und April die beiden vertragsschließenden Parteien in wochenlangem Verhandeln den von unserm Verbandstage abgelehnten Vertragsentwurf zurunde gebracht hatten, konnte nicht damit gerechnet werden, daß wir nun noch sehr stark ins Gewicht fallende Verbesserungen durchsetzen würden, zumal die Ablehnung bei den Arbeiterorganisationen nicht allgemein war. Nun liegt die Entscheidung darüber bei uns, ob wir den jetzt abgeänderten Vertragsentwurf bis zum 31. März 1924 zum Vertrag erheben wollen oder nicht. Der Vorstandsvorstand allein oder er und der Vertrat gemeinsam können die Verantwortung für Annahme oder Ablehnung nicht übernehmen. In den Vereinen muß klar und deutlich „ja“ oder „nein“ gesagt werden. Wollen unsere Mitglieder den Reichstarifvertrag in der Form des Entwurfs nicht, so müssen sie einige Jahre ohne ihn arbeiten, denn ein nochmaliges Verhandeln gibt es nicht.

Niemand kann voraussagen, ob wir im nächsten Jahre eine ebenso starke Bautätigkeit haben werden wie in diesem Jahre. Es mehren sich die Stimmen, die ein Abflauen voraussetzen. Bestehen sie recht, so würde das Fehlen eines Tarifvertrages einen schweren Schaden für unsere Kollegen bedeuten. Weißt die Bautätigkeit noch mehrere Jahre gut, die Lage des Wohnungsmarktes macht das eigentlich nötig, so werden dadurch bei Annahme die für uns günstigen Bestimmungen des Vertrages gestiftet. Die Lage erfordert, daß unsere Kollegen ihr Verantwortungsgesühl prüfen. Sie müssen wissen, ob es ihnen angenehm ist, die Arbeitsbedingungen vor dem Arbeitsantritt zu kennen, oder ob sie sich lieber in kurzen Zeiträumen Arbeitsbedingungen neu schaffen oder von den Unternehmern diktieren lassen wollen. Kollegen! Überlegt ernsthaft und dann handelt!

Der Kampf gegen die sozialen Baubetriebe.

Wir haben mehrmals berichtet über die Art, wie die Bauunternehmer literarisch gegen die sozialen Baubetriebe kämpfen, wie sie versuchen, ihre Artikel in allen bürgerlichen Blättern zu veröffentlichen. Ihre neuester Trick ist, daß sie den roten Lappen schwenken, indem sie nicht mehr von sozialen, sondern von „sozialdemokratischen“ Baubetrieben reden. In ihrem Kampfe ist den Bauunternehmern nun ein Helfer erstanden in den „Blättern für Genossenschaftswesen“, dem Organ des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Nicht-Schulze-Belitzsch. Redakteur dieser Blätter ist Herr Dr. Hans Krüger, ein Mann, der sich vor zwei Jahrzehnten eine gewisse Verächtlichkeit dadurch erworben, daß er die heute im „Zentralverband“ zusammengegeschlossenen Konjunkturvereine fanatisch bekämpfte. Ein Reaktions-reinsten Waffens, der hofentlich mit der Bekämpfung der sozialen Baubetriebe den gleichen Erfolg haben wird, wie mit der Bekämpfung der Konjunkturvereine fortjürrichtlicher Richtung, nämlich ein fortwährendes Wachstum. Als Dr. Krüger es

fertiggebracht hatte, die heute im Zentralverband bereinigten Konjunkturgenossenschaften aus der von ihm geleiteten Organisation herauszuekeln, da glaubte er nicht nur einen großen Sieg errungen, sondern auch die verhassten Arbeitergenossenschaften zum Tode verurteilt zu haben. Aber die Folge war ein ungeahnter Aufschwung der Konjunkturvereine, ihres Zentralverbandes und später der GGB. Heute sind die Krüger'schen Genossenschaften im Verhältnis zu den dem Zentralverband angeschlossenen Ivergegebilde.

Wie kommt es nun, daß die „Blätter für Genossenschaftswesen“ sich mit unsern sozialen Baubetrieben befassen? Die Antwort ist: Sie vertreten die Interessen von Privatunternehmern, die sich zu Kreditgenossenschaften, Rohstoffeinkaufsgenossenschaften usw. zusammengeschlossen haben. Diese Privatunternehmer wollen nicht, daß die durch den Zusammenschluß erzielten Vorteile der Allgemeinheit zugute kommen, sondern sie wollen diese Vorteile allein für sich. Sie möchten diesen genossenschaftlichen Zusammenschluß zu einem Privileg für ihre Kreise machen (Sandwörter, kleine Geschäftsleute, Bauunternehmer usw.) und ärgern sich daher fürchterlich über jedes Arbeiterunternehmen, wie sie überhaupt die Arbeiterbewegung hassen. In ihren Kreisen findet man die dummehaftigsten Rückstättler. Da nun unsere Baubetriebe nicht die Selbstsucht, den Profit als ihre Parole ausgaben, da bei uns der soziale Gesichtspunkt, die Verbesserung der öffentlichen Bauten und der Wohnungen, erste Richtschnur ist, so ist das für die „Blätter für Genossenschaftswesen“ Grund genug, unsere Bestrebungen herabzusetzen. Das ist menschlich begreiflich. Die Hure haßt die anständige Frau. Der Raubdieb glaubt, daß alle Menschen Raubdiebe wären, wenn sie die nötige Geschicklichkeit aufbrächten. Und der Fälscher führt die Ehrlichkeit seiner Mitmenschen auf den Mangel an handwerklicher Fertigkeit zurück.

Nun hat sich jedoch die Redaktion der „Blätter für Genossenschaftswesen“ nicht selbst in geistige Anstossen gestürzt, sondern sie hat sich den Artikel „Eine Million aus öffentlichen Mitteln“ von einem Bauingenieur der Bauunternehmer schreiben lassen. Es ist daher begreiflich, daß die Sache so schief wie möglich dargestellt wird. Zunächst also werden unsere Baubetriebe als „sozialdemokratische“ bezeichnet, also eine Parteigründung. Leider ist diese Bezeichnung gänzlich unzutreffend. Wir sagen ausdrücklich „leider“; denn in der Tat haben wir mit unsern Bestrebungen in sozialdemokratischen Kreisen weniger Unterstützung gefunden als bei sozialdenkenden „Bürgerlichen“. Finanzielle Unterstützung haben wir bisher leider nur bei einzelnen Gewerkschaften gefunden. Ferner machen wir die „Blätter für Genossenschaftswesen“ darauf aufmerksam, daß auch die christlichen Gewerkschaften Baubetriebe auf genossenschaftlicher Grundlage geschaffen haben. Wir vermuten, daß man auch diese dafür zu Sozialdemokraten stempeln wird.

Dann haben unsere Baubetriebe „größtenteils die dem verhassten Kapitalismus entlehnte Gesellschaftsform m. b. H. gewählt.“ Das ärgert den Artikelsschreiber. Leider trifft auch hier wieder seine Behauptung nicht zu. Aber wir werden unser möglichstes tun, um auch die Mehrzahl der Betriebe, die heute noch Genossenschaften sind, in Gesellschaften umzuwandeln. Warum? Weil uns diese Form mehr Gedeih für die Durchführung unserer sozialen Bestrebungen bietet. Daß wir für unsere Betriebe eine durch das Gesetz vorgeschriebene Form wählen mußten, braucht natürlich der in Frankfurt a. M. sitzende Artikelsschreiber nicht zu wissen; denn trotz dieser Unwissenheit ist er den „Blättern für Genossenschaftswesen“ noch immer klug genug. Postgeilwichtig nach oben wirkt der Artikelsschreiber, wenn er schreibt: „Der Artikelsschreiber der „Frankfurter Ztg.“ glaubt, den Gründern sozialer Baubetriebe sei es darum zu tun gewesen, den dann niederliegenden Baumarkt zu beleben beziehungsweise die Bau- und Materialpreise zu senken und somit die Wohnungsnot zu beheben. Diese Absicht, wenn sie überhaupt bestand, ist zum mindesten nicht zur Ausführung gelangt; denn das Wohnungselend ist bis jetzt nicht einmal gelindert, die Preise für Baumaterialien sind nicht gefallen, sondern im Wachsen begriffen. Wir glauben, hingegen feststellen zu können, daß die sozialen Betriebe in Fällen, in denen Material zu liefern ist, sich an den Ausschreibungen nicht beteiligen beziehungsweise später ihre Angebote wieder zurückziehen.“ An diesen Auslassungen ist klar, daß das Wohnungselend nicht behoben und die Materialpreise nicht gefallen, sondern gestiegen sind. Wer... daraus gefolgert werden soll, daß die sozialen Baubetriebe ihre Absicht nicht ausgeführt haben, so möge ihnen andererseits das Verdienst um die Belebung des Baumarktes

geschriebenen werden. Ein verständiger Mensch wird sich sagen, daß Betriebe, die vor 2 Jahren sozusagen aus dem Nichts entstanden sind, in diesem kurzen Zeitraum nicht alle Schwierigkeiten überwinden konnten, die von gegnerischer Seite aufgetrieben wurden. Diese Schwierigkeiten bestehen auch bei der Baustofflieferung, bei deren Wegzug vielfach der Baustoffhandel von unsen Betrieben bedeutend höhere Preise forderte als vom Privatunternehmer. Wir wollen auch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß der beste Verbündete der Unternehmer bei der Verteuerung der Baustoffe das Reichswirtschaftsministerium ist, dem der Sozialdemokrat Robert Schmidt vorsteht. Auch eine Illustration zu den „sozialdemokratischen Baubetrieben“. Der Baustoffhandel zwingt uns, Eigenbetriebe zu schaffen zur Fabrication von Baustoffen. Dazu gehören natürlich Geldmittel. Und da wir in unsen Betrieben keine Akkumisten haben, auch keine Geldmittel drucken dürfen, müssen wir dieses Geld dadurch bekommen, daß einmal die Arbeiter ihre Ersparnisse unsen Betrieben gegen Schuldlose zur Verfügung stellen, daß zum zweiten die öffentlichen Mittel noch mehr als bisher herangezogen werden. Wir wollen die öffentlichen Bauten und die zum größten Teil mit öffentlichen Mitteln erbauten Wohnhäuser so billig als möglich erstellen. Dazu brauchen wir nicht nur eine Million, sondern noch viele Millionen aus öffentlichen Mitteln als Betriebskapital. Der Redaktion der „Blätter für Genossenschaftswesen“ empfehlen wir, den in ihrem Blatte nachfolgenden Artikel über die bedrängte Lage der Baugenossenschaften recht aufmerksam zu lesen. Sie wird dann wissen, woher es kommt, daß auch die sozialen Baubetriebe mehr Mittel nötig haben, um den Baugenossenschaften in ihrer Bedrängnis beistehen zu können. Und wenn sie sich bei ihren Baugenossenschaften erkundigt, so wird sie erfahren, daß diese heute die öffentlichen Mittel am allermeisten in Anspruch nehmen müssen, weil kein Privatunternehmer einen Bauauftrag mehr übernimmt, wenn er nicht vor Beginn der Arbeit einen genügend großen Voranschlag bekommt, der doch auch aus öffentlichen Mitteln stammt. Warum bekämpft nun dieses Genossenschaftsblatt die sozialen Baubetriebe? Wir haben schon eingangs auf die Gründe hingewiesen. Aber aus einem Satz geht dies klar hervor. Es heißt dort: „In Wirklichkeit bildet das ganze Unternehmen, wie schon an anderer Stelle gesagt, nur die Vorhut der Sozialisierungsstrummer...“ Das ist der Kern der Sache. Dr. Grüger und seine Anhänger sind Gegner der Sozialisierung, und darum haben sie sich einen Artikel andressen lassen, den wir schon in mehreren Unternehmerblättern gelesen haben, der von unmaßvollen Behauptungen und schiefen Darstellungen strotzt. Soweit darin bestritten wird, daß unsere Betriebe zur Einschränkung des Unternehmergewinnes beitragen haben, verweisen wir auf die Mitteilungen der „Sozialen Bauwirtschaft“. Da jedoch auch behauptet wird: „Die Allgemeinheit indessen, der Staat oder die Kommune haben aus den Ueberschüssen, die die sozialen Baubetriebe erzielen, überhaupt keinen Vorteil, so teilen wir hier zum wiederholten Male mit, daß alle Ueberschüsse, die sich bei einer hoffentlich nicht eintretenden Auflösung der sozialen Baubetriebe ergeben, in die öffentliche Hand übergehen, und daß ein Teil unserer Betriebe schon nach jeder Bauabrechnung einen bestimmten Teil des Ueberschusses an den Auftraggeber zurückgibt.“

Erster internationaler Baugildentag.
Nichtigstellung.

In dem in Nr. 25 des „Grundstein“ veröffentlichten Bericht ist als Abgeordneter aus Ungarn Szabo zu nennen und nicht Garbet.

Arbeitsmarkt.

Den Baugeschäften zur Beachtung. Wer durch Anzeige unter dieser Rubrik Bauarbeiten anwerben will, lasse die Anzeige durch die Hände unerer örtlichen Vereinsleitung gehen. Anzeigen werden nur mit deren Zustimmung und dann unentgeltlich aufgenommen.

In **Arnsberg** können noch 20 bis 30 Maurer dauernde Beschäftigung erhalten. Unterkunft vorhanden. Der Stundenlohn beträgt 31 M. Meldung im Verbandsbureau in Reheim a. d. Bahnstr. 33

In **Auerbach i. V.** finden 30 bis 40 Maurer Beschäftigung beim Baumeister Ferdinand Henze in Falkenstein i. V. Meldung beim Kollegen Franz Grüner, Falkenstein, im „schäffischen Hof“. Stundenlohn beträgt für Juli 36 M. Aerer stellt die Firma Jungt & Kessel an einem neuen großen Fabrikneubau in Elfeld i. V. 50 Maurer ein. Stundenlohn gleichfalls 36 M. Die Firma Philipp Holzmann will beim Bau der Muldenwerke in Müldenbera noch 60 bis 70 Maurer ein. Für die beiden Baustellen in Elfeld und Müldenbera werden Meldungen entgegengenommen im Vereinsbureau in Auerbach i. V., Plauenische Straße 19.

In **Witterfeld** sucht die Bauhütte Bichornemitz 50 Maurer für dauernde Arbeit. Tariflohn. Fahrgeld wird vergütet. Unentgeltlich Unterkunft ist vorhanden. Sonnabends wird eine Stunde Aufzeit vergütet. Meldungen bei Otto Bergemann, Bauhütte Bichornemitz.

Die Firma **Wais & Freitag** sucht für **Witterfeld** sofort 15 Eisenbigr und 15 Zementere. Unentgeltliche Unterkunft vorhanden. Tariflohn. Meldung beim Omann August Leuter, Baustelle Paupisch bei Witterfeld. Fahrgeld wird vergütet.

Betriebs- und Lohnstatistik.

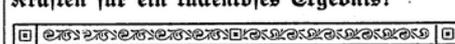
In der Woche vom 17. bis zum 22. Juli wird für das gesamte Verbandsgebiet festgestellt:

1. Wie viele Arbeitsorte zu den einzelnen Lohngebieten gehören;
2. die Zahl der baugewerblichen Betriebe nebst den darin beschäftigten Facharbeitern, Hilfsarbeitern und Lehrlingen in allen für unsern Verband zuständigen Berufsgruppen;
3. die wöchentliche Arbeitszeit;
4. der Stundenlohn nach dem Stande vom 20. Juli, ob für die Fachgruppen Tarifverträge bestehen, wie weit die Löhne der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter tarifvertraglich geregelt sind usw.

Diese Erhebung muß auf das gewissenhafteste durchgeführt, kein Betrieb darf übergangen werden. Die Vereinsvorstände, die Leitungen der Fachgruppen in den Vereinen, die Zahlstellenleiter müssen ihre ganze Kraft dafür einsehen.

Den Baudelegierten fällt die besonders wichtige Aufgabe zu, in den Betrieben selbst die erforderlichen Feststellungen zu treffen. Ihre Kraft reicht dazu aber allein nicht aus, auf manchen Baustellen fehlen vielleicht Baudelegierte. Deshalb müssen alle tätigen Verbandsmitglieder bereitwilligst zu dem Gelingen dieser Arbeit beitragen, indem sie ihre Mithilfe zur Verfügung stellen, wo man ihrer bedarf. Anweisungen für die Feststellung und Berichtsbogen sind den Vereinen durch die Bezirksleiter zugegangen.

Verbandsmitglieder, sorgt nach besten Kräften für ein lückenloses Ergebnis!



Die Firma **Carl Vingesleben** in **Witterfeld** sucht 50 Maurer für dauernde Arbeit. Fahrgeld wird vergütet. Unterkunft unentgeltlich. Tariflohn. Meldung beim Betriebsratsvorsitzenden **Friedrich Wintemüller**, Milchkofabrik, Wolfen, Pförtner 4.

Die Firma **Held & Franke** sucht gleichfalls für **Witterfeld** 100 Maurer für dauernde Arbeit. Fahrgeld wird vergütet. Unterkunft unentgeltlich. Hoher Lohn. Meldung beim Betriebsratsvorsitzenden **Ernst Weiler**, Milchkofabrik, Wolfen, Pförtner 4.

Züchtige Schornstein- und Feuerungsmaurer werden sofort eingestellt, wenn sie sich melden bei der **Firma Franz Hof, Schornstein- und Feuerungsbau in Frankfurt a. M., Schleusenstr. 18**, und in deren Filiale, **Essen, Gelsenaustr. 10**.

In **Gera** können **Kessel- und Schornsteinmaurer** sofort Arbeit haben bei der Firma **L. Fraas & Co.**

In **Leisnig i. S.** werden noch Maurer eingestellt. Stundenlohn 31,55 M. Auskunft beim Vereinsvorsitzenden **Richard Proste**, Niederlanggasse 11.

In **Löbau i. S.** können bei der Firma **Wetter & Co., Baumeister**, noch 10 bis 15 Maurer für dauernde Arbeit eingestellt werden. Tariflohn 31,65 M.

In **Neustadt i. M.** stellt der **Mauremeister Johann Kurz** noch 10 bis 15 Maurer für dauernde Arbeit ein. Stundenlohn jetzt 23,83 M. Unterkunft vorhanden. Zu melden beim Vereinsvorsitzenden **R. Tische**, Pächmer Straße 6.

Das **Vaugeschäft Wilh. Heine** in **Groß-Defingen**, Kreis Jfenhagen, sucht 6 bis 8 Maurer. Kost und Unterkunft vorhanden. Tariflohn, dauernde Beschäftigung.

Berichte.

Franz Nidhly †

Die nationalitätlich polnischen Wirren in Oberschlesien, die so viele Opfer an Menschenleben kosteten, haben nun auch noch eins unserer tätigen Verbandsmitglieder aus dem ober-schlesischen Verbandsgebiet dahingerafft. Am 2. Juli ist unser langjähriges Verbandsmitglied **Franz Nidhly** bei den Kleinwitzer Anruhen von abziehenden Franzosen, die aus dem Zuge feuerten, als Unbeteiligter erschossen worden. Von seiner frühesten Jugend an war Nidhly Mitglied unseres Verbandes und stets ein eifriger Arbeiter für die gewerkschaftliche wie für die politische Organisation. Seine rührige Tätigkeit trug ihm das Vertrauen der Kollegen sehr ein, aber auch sonst erzeute er sich allgemeiner Beliebtheit. Im Weltkrieg durch Verwendung an einem Binn dauernd gelähmt, war er einige Jahre Angehörter unseres Ratowitzer Bezirksvereins. Als Stadtvorstand der U.S.B. in Ratowitz gehörte er zu denen, die die gemeinsame Arbeit der sozialistischen Parteien betonten. Anlässlich des Maiaufstandes betrauten ihn die deutschen Gewerkschaften mit ihrer Vertretung in der ober-schlesischen Fürsorge. Auch dies Vertrauen hat Nidhly vollkommen gerechtfertigt; seine Arbeitskraft hat sich auch hier zum Wohle der geschädigten Arbeiter bewährt. Um dem im Ratowitzer Gebiet herrschenden Nationalistenexorz aus dem Wege zu gehen, verlegte er seinen Wohnsitz Ende Juni von Ratowitz nach Kleinwitz, wo ihm nach kaum 8 Tagen sein tragisches Geschick ereift hat. Unsere Mitglieder, wie die Arbeiterbewegung in Ober-

schlesien überhaupt, haben in **Franz Nidhly** einen Freund verloren, der alle Zeit nach besten Kräften für ihr Wohl bestrbt gewesen ist, der sich stets durch Opferwilligkeit und treue Pflichterfüllung auszeichnete. Unser Verband, wie alle, für die er gestrebt hat, werden sein Andenken dauernd in Ehren halten.

Bezirk Dörfel. Als wir mit den Unternehmern des Hoch- und Tiefbaugewerbes am 28. Juni in Schwern über die Höhe für den Monat Juli verhandelten, boten sie eine Zulage von 10 % auf den Lohn, auf das Landgeld sowie auf die sonstigen tariflichen Zuschläge; außerdem ein Gehirrgeld von 20 S für Maurer und 30 S für Zimmerer. Das Angebot lehnien unsere Kollegen als unzureichend ab. Das dann angereufene Bezirkslohnamt setzte durch Schiedspruch eine einheitliche Zulage von 3,50 M auf den Stundenlohn fest. Das Landgeld und die tariflichen Zuschläge erhöhte es um 15 %. Das Gehirrgeld wurde für Maurer auf 30 S für die Stunde festgesetzt. Nach dem Schiedspruch beträgt das Landgeld im Hochbau in allen Wohnklassen täglich 5,75 M. Die Stundenlohnzuschläge betragen für Ueberstunden 65 S, für Nacht- und Sonntagsarbeit 130 S, für Wasserarbeit im Hoch- und Tiefbau 80 S, für Dacharbeiten usw. 50 S, für kalte schwarze Arbeit 50 S, im warmen Zustande 110 bis 145 S, für Weizen 135 S, für Napparbeit 60 S. Im Tiefbau für Kernbohrerarbeit 80 S, an Bohrhammer 95 S, in Druckluft 200 bis 355 S, in abgetriebenen Schächten, 3 bis 6 m Tiefe, 105 S, von 6 bis 9 m Tiefe 115 S und für jede weiteren 3 m Tiefe 30 S mehr. Beim Herunterlassen von Baustoffen im Siebbau 60 S. Die Parteien haben diesen Schiedspruch angenommen. Als Arbeitsbedingungen gelten die Bestimmungen des bisherigen Meistertarifvertrages in Verbindung mit den bisherigen örtlichen Verträgen.

Steinwig. Im ober-schlesischen Industriebezirk hatten die Unternehmer die Entschädigung des Bezirkslohnamtes abgelehnt, wonach die Stundenlöhne vom 9. Juni an 28,60 M für Maurer und 26 M für Hilfsarbeiter betragen sollten. Um der von den Unternehmern aufs neue beschlossenen Tarifhandels vorzubeugen, beschloß die Generalversammlung unseres Bezirksvereins Ende Juni, durch Teilstreiks zum Ziele zu kommen. Am 30. Juni haben unsere Kollegen in Kleinwitz, Gubenburg und Ratowitz im Kampf. Auch in Weuthen und in einigen anderen Orten waren unsere Kollegen zum Losschlagen gerufen. Die Arbeitsbedingungen haben jedoch rasch zum Erfolge geführt. Schon am 4. Juli konnten die Streiks als beendet erklärt werden, da die Unternehmer den Schiedspruch vom 9. Juni anerkannten und gleichzeitig eine weitere, vom 1. Juli an zu zahlende Zulage von 10 % zugestanden haben. Die Stundenlöhne betragen danach vom 1. Juli an 31,50 M für Maurer und 26 M für Hilfsarbeiter, 28,60 M für geübte Hilfsarbeiter, 26,60 M für ungeübte Hilfsarbeiter und für Tiefbauarbeiter. Alle an der Arbeitszeiteinstellung beteiligten gewesenen Bauarbeiter können ihre alten Arbeitsplätze wieder einnehmen. Jeder, der sich bis zum 17. Juli auf seiner Arbeitsstelle einfindet, erhält die Nachzahlung vom 9. Juni an. Unsere Mitglieder haben dieser Lohnvereinbarung zugestimmt und damit ihren Kampf erfolgreich beendet.

Nachwirkungen des Verbandstages.

Die Gewerkschaften sind unentbehrlich und notwendig. Große Aufgaben sollen sie erfüllen und schwierige Fragen lösen. Der innere Friede ist deshalb für sie Lebensbedingung. In unserm Verbande war es seit der Sonderkonferenz in Halle leider anders. Ein, wenn auch ganz geringer Teil der Mitglieder stand seitdem aus genügend bekannten Ursachen außerhalb unseres Verbandes. Und es braucht niemand wunderzunehmen, wenn aller Augen und Hoffnungen auf den Verbandstag in Leipzig gerichtet waren, von dem sie die Wiederherstellung der Einheit und des Friedenszustandes erwarteten. Der Verbandstag hat entschieden. Die Bedingungen für die Wiederaufnahme sind in allen Vereinen bekanntgegeben worden. Verdriss haben sie allgemein nicht. Die Anhänger der Ausgeschlossenen empfinden sie im Gegenteil als besondere Gärte. Nach meinem Dafürhalten hätte sich der Verbandstag nichts vergeben, wenn er die Ausgeschlossenen für diesmal mit ihren alten Rechten wieder aufgenommen hätte. Denn gewöhnlich läßt man bei erstmaligen Verletzungen doch mildernde Umstände gelten. Ich wäre entschieden dafür eingetreten. Eine sachliche Kritik, die sich mit unsern Schutungen vereinbart, verwerfe ich durchaus nicht, halte eine solche, soweit sie zum Besten der gesamten Mitgliedschaft geübt wird, vielmehr für angebracht.

Bei uns im Verein **Aue** spielen sich nun merkwürdige Dinge ab. Hier glaubt man, den Ausgeschlossenen dadurch nützen zu können, daß man durch Entschuldigungen den Verbandsstagsbeschlüssen die Anerkennung verleiht und die Ausgeschlossenen entgegen diesen Beschlüssen weiter als Verbandsmitglieder erklärt. Obgleich solcher Art Genatlposition sich schon in Halle die Hörner abgestoßen hat, glaubt man an scheinen, man könne den Verbandsvorstand, das ausführende Organ der Verbandsstagsbeschlüsse, dadurch derart bearbeiten, daß er genötigt wird, diese Beschlüsse zugunsten der Ausgeschlossenen zu ändern. Durch Kampf anstatt durch Verständigung erstreben jene den Sieg. Aber nur ein sehr unpraktischer Arzt kann ein solches Genatlmittel verordnen; denn es mühte mit Sicherheit fehlschlagen. Der Verbandsvorstand kann die Beschlüsse des Verbandsstages nicht eigenmächtig abändern, sondern muß für ihre Durchführung sorgen. Das sollte eigentlich jedes Mitglied wissen, auch die Verfasser der gegen Verbandsstagsbeschlüsse gerichteten Entschuldigungen, die jene, die ihnen zustimmen. Gerade sie, die so viel von der Einheit reden, wissen es, und sollten bemerken, daß der Weg zur Einheit durch den Verbandstag freigemacht wurde. Wenn es ihnen mit dem Einheitsgedanken ernst ist, dann sollten sie auch bereit sein zu dem Opfer, das für manche Kollegen hart sein mag, unter dem allein aber ein Wiederertritt möglich ist. Kann doch der nächste Bundestag etwa noch vorhandene Gärten beseligeln. Durch solche Einseitigkeit bieten diese Kollegen dem Wohle aller Mitglieder, und der trante Verbandskörper könnte leichter wieder gefunden.

Von den Schlagworten: **Peoples Diktatur**, **Bergewaltigung einer Minorität** durch den Verbandstag, sollten sich die widerstrebenden Kollegen doch freimachen; die von ihnen er-

mühsame Stimmung wird dadurch nicht erzeugt. Denn denkende Kollegen lassen sich dadurch nicht beirren. Der Verbandstag hat die Tätigkeit des Verbandsvorstandes gutgeheißen und damit seine Sachverwalter entlastet. Im übrigen vertrat der Verbandstag den Willen der gesamten Mitgliedschaft; seine Beschlüsse sind im Verbandsstellen oberstes Gesetz. Einordnung in das Ganze, Schulung und Selbsttätigkeit erforderlich, daß alle Mitglieder sich den selbstgegebenen Gesetzen fügen. Das braucht natürlich nicht kritisch zu geschehen. Eigentlich sollte es nicht nötig sein, solche Wahrheiten erst noch niederschreiben. Aber bei der unter den Mitgliedern unseres Vereins gegenwärtig erzeugten Stimmung dürfen solche Wahrheiten nicht einmal ausgesprochen werden. Wagt es gar ein Angehöriger des Vereins, sich nicht als Werkzeug parteipolitisch Machtbestrebungen gegen den Verband mißbrauchen zu lassen, zeigt er andere Wege, die in dem Rahmen der Satzungen liegen, so wird er als Verräter oder noch schlimmeres beschimpft, er verfällt sogar der geheimen Feindschaft.

Ein kommunisistischer gerichteter Parteistellenvorhaben hat sogar eine Versammlung veranstaltet, wovon der Vereinsleitung nichts bekannt war und an der sie deshalb auch nicht teilnehmen konnte. Vollkommen sühnungslos beschloß sie, in der Generalversammlung die sofortige Kündigung des Angehörigen zu beantragen; angeblich, weil man mit seiner Tätigkeit auf einmal nicht mehr zufrieden sei. Man kann eben als Kommunisist nicht eifrig sein und sagen, weil er gegen die Verbandsbeschlüsse ablehnende Entschlüsse gestimmt hat. Die eifrigsten Parteivorkämpfer dieser schändlichen Entschlüsse freieren am liebsten nach Gerechtigkeit und Demokratie. Als Parteivorkämpfer aber kündigen sie ihrem Angestellten, weil er sich ihrer Diktatur nicht unterstellt. Aber auch in Zukunft dürfen in Verbänden keine Anordnungen irgendwelcher politischen Parteien gelten, sondern allein die vom Verbandstage vorgeschriebenen Wege. Jeder Kollege ist willkommen, der für unsere Ziele mitarbeiten will, unbeschadet seiner Parteizugehörigkeit. Soll gegenseitiges Vertrauen wiederkehren und der Verband weiter gedeihen, so müssen parteipolitische Auseinandersetzungen aus den Versammlungen verschwinden. Streiten sich die Arbeiter, so ist der Unternehmer der schändliche Dritte. Galt es nicht an den gewerkschaftlichen Grundregeln und Regeln, dann werden wir uns verstehen lernen und miteinander in der Gewerkschaft leben können. Nicht der Standpunkt des einzelnen Kollegen oder des einzelnen Vereins kann für den ganzen Verband bestimmend sein, sondern das Wohl des Großen und Ganzen. Kollegen, lernt, ihr seid gewarnt! Einigkeit nährt — Uneinigkeit zehrt. Josef Müller, Rue i. Erzgeb.

Die vorstehenden Ausführungen des Kollegen enthalten für manchen unserer radikalisierten Mitglieder ernste und beachtliche Mahnungen. Nur in einem Punkte sind sie etwas aus dem Lot geraten, und es ist deshalb nötig, sie zurechtzurücken. Kollege Müller schreibt nämlich, er wäre für mildernde Umstände eingetreten. Eine sachliche Kritik verwerfe er durchaus nicht. Das könnte den Anschein erwecken, als wolle Kollege Müller sagen, daß auch die von den Ausschüssen geleistete Kritik zu ihrem Ursprung geführt habe. Das wäre natürlich ein Irrtum. Es ist noch niemand wegen seiner Kritik, möge sie sachlich oder unsachlich gewesen sein, aus dem Verbande ausgeschlossen worden, sondern wegen Handlungen gegen den Verband.

Dann ist von Härten die Rede, die der Beschluß des Verbandstages über den Wiederertritt ausgeschiedener Mitglieder enthalten soll. Leider führt Kollege Müller nicht an, worin diese Härten bestehen sollen. Daß die Wiederertrittenen ihre im Verbande erworbene Mitgliedschaft angedehnt erhalten, bedeutet doch das denkbar weiteste Entgegenkommen, und daß dabei die in einer verbandsgewerkschaftlichen Organisation verordnete Mitgliedschaft außer Betracht bleibt, ist doch nur gerecht. Der Verband kann doch keinen Mitglieder Rechte zurückgeben für eine Zeit, in der es ihm gar nicht angeht, in der es den Verband sogar bekämpft. Das könnte manchen Beitragsrückzahlern wohl gefallen. Die sechsmonatige Wartezeit für den Wiederertritt einer Unterstützungsberechtigung ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen ebenfalls keine Härte. Würden alle in Betracht kommenden Kollegen, wie eine ganze Anzahl es schon getan hat, sofort nach Beendigung des Verbandstages ihre Wiederertritte beantragen, so hätten sie diese Wartezeit bis zum Winter, wenn die Unterstützungsbedürftigkeit härter wird, nahezu beendet. Wer aber das, was ihm und der gesamten Bauarbeiterschaft nutzt, so wenig erkennt hat, daß er sich weiter an den Mitglieder gegenüber den Verband beteiligt, an Entschlüssen mitwirkt, die sich gegen die Verbandsbeschlüsse richten, von derartig bedauerlichen Kollegen ist im Verband wenig ernst zu sein. Denn wer dem Verbande angehören will, muß doch vor allem seine Satzungen und die Beschlüsse seiner Körperchaften für sich anerkennen. Wer das nicht will oder nicht kann, für den ist im Verbande leider kein Raum.

Die Schriftleitung.

Soziale Baubetriebe.

Bauhütte Solingen. Dieser als Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Oktober 1920 gegründete soziale Baubetrieb hat kürzlich seinen von der Gründungszeit bis Ende 1921 reichenden ersten Geschäftsbericht herausgegeben. Gründer der Bauhütte waren die Stadt Solingen, der Spar- und Bauverein, e. G. n. b. in Solingen und unser Solinger Bezirksverein. Als Stammeinlage brachten die Gesellschafter jeder 20 000 M ein, zusammen also 60 000 M. Das war schon bei der damaligen Geldentwertung und in Rücksicht darauf, daß Gerüste und andere Betriebsmittel neu beschafft werden mußten, ein verhältnismäßig geringes Betriebskapital. Aber eine kleine, zierliche Schar von Bauarbeitern hat tatkräftig dazu beigetragen, daß der junge Betrieb über die ersten Schwierigkeiten hinwegkam. Langsam aber stetig hat das Geschäft sich ausbreitet. Im März 1921 beschäftigte es erst 8 bis 10 Bauarbeiter, im Juli und August als Höchstziffer 180. Durchschschnittlich sind in den Herbst- und Wintermonaten etwa 70 Arbeiter und Angestellte beschäftigt worden. Seit März hat der Betrieb einen angestellten Geschäftsführer; außer diesem waren im zweiten Halbjahr in der Geschäftsleitung ein Buchhalter, eine weibliche Angestellte und ein Lehrling tätig. Die Bauhütte hat eine ganze Reihe von Bauarbeiten aus-

Bauarbeiter vor die Front!

Die sozialen Baubetriebe müssen auf die Mitarbeit der tüchtigsten Arbeitskräfte rechnen können, wenn sie ihre großen Aufgaben voll erfüllen sollen. Oft helfen unsere Verbandsmitglieder Privatunternehmern für einige Mark überarbeitsvertraglichen Lohn durch gekletterte Schinderei den Profit vergrößern. Unsern sozialen Baubetrieben mangelt es ebenso oft an arbeitsfreudigen Mitarbeitern.

Die verschiedentlich festgestellt werden konnte, scheuen Privatunternehmer nicht davor zurück, durch Wettbewerb und Preisreduzierung die Bauauftraggeber übers Ohr zu hauen und sich dadurch höhere Erträge zu sichern. Finden sie dazu ausbeutungswillige Arbeiter, so können sie leicht etwas höhere Löhne zahlen.

Die sozialen Baubetriebe dagegen erhalten ihre Arbeiten nur im schärfsten Preiswettbewerb. Sie sind viel strenger an die vertraglichen Leistungen gebunden als der Privatunternehmer. Zudem ist es ihre Aufgabe, vorbildliche Arbeitsweisen und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Deshalb ergeht der Ruf an alle Verbandsmitglieder, denen die Förderung der baugewerblichen Sozialisierung am Herzen liegt, und zwar an die tüchtigsten unter ihnen, sich mit ihrer ganzen beruflichen Kraft und Leistungsfähigkeit den sozialen Baubetrieben zur Verfügung zu stellen, ohne das Hauptgewicht auf einen überarbeitsvertraglichen Lohn zu legen. Soweit diese Betriebe ihnen Vergünstigungen zuwenden können, tun sie es ohnehin. In den sozialen Baubetrieben sind die Arbeiter außerdem wirklich an der Betriebsleitung beteiligt, wogegen sie in den Privatbetrieben nur nach Herzenslust schindern dürfen, aber nur sehr wenig oder so gut wie gar nichts mitzubestimmen haben.

Verbandsmitglieder! Laßt die sozialen Baubetriebe nicht vergeblich nach eurer Arbeitskraft rufen! Es ist Pionierarbeit zu leisten für die Verbesserung der Arbeitsweise und damit der Arbeitsbedingungen überhaupt, zum Besten der gesamten Bauarbeiterschaft, zum Wohle aller Wohnungsbedürftigen und des auf eine gemeinnützige Bauarbeit angewiesenen Volksganges.



geführt für die Stadt, für den Spar- und Bauverein, wie auch für private Auftraggeber. Darunter: Wohnbauten, Instandsetzungsarbeiten an Schulen, Landbauten an anderen öffentlichen Gebäuden, sowie mehrere größere Tiefbauarbeiten. Die Bauhütte hat die Arbeiten zum weitaus größten Teile auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung erhalten. Ihre Preisangebote waren meistens ganz bedeutend geringer als die Angebote der Unternehmer. Die Bauhütte hat der Allgemeinheit dadurch bedeutende Summen erspart. Ihr Gesamtumsatz betrug 1 567 828,53 M. Dieser schloß einen Lohnbetrag von 1 064 689,34 M. Die Bauhütte wurden teils von der Bauauftraggebern gestellt, daraus erklärt der im Verhältnis zum Gesamtumsatz sehr hohe Lohnbetrag. Die Bilanz schloß mit 282 972,88 M sehr hohe Rohstoffe. Die Bilanz schloß mit 13 193,96 M Kassenbestand, 45 461,17 M Sparkastenausgaben, 28 915 M hinterlegter Sicherheiten, 2000 M Beteiligungen und 44 408,75 M sicherer Buchforderungen. Mobilien und Geräte nach von 5 % mit 11 680 M eingeleitet, Gerüst und Geräte nach einer Abschreibung von 50 % auf 26 205,50 M, Bauhüttenräte auf 46 108 M und der Wert unvollendeter Arbeiten auf 70 000 M. Demgegenüber stehend auf der Seite der Verbindlichkeiten die 60 000 M Stammeinlage, 55 645,37 M Buchschulden 55 038,88 M noch nicht in Rechnung gestellter Baufstoffe, Geräte usw., 13 000 M zum Inventurtag fälliger Löhne, 55 319,55 M an Jahreszinsen noch zu zahlender Anleihen und 43 983,50 M Rücklagen. Wie die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt, haben die Gesellschaftern 140 014,49 M getragen. An Lohnsteuer waren 66 524,30 M zu zahlen. Ein Wiederertritt hat die prompte Forderung der Wohnungs- und Kassengehälter bestätigt. Der Bericht hebt hervor, daß seine erfolgreiche Arbeit nur dem guten Zusammenarbeiten aller Beteiligten zu danken ist. Sie konnten in ihrem Betriebe beschäftigten Bauarbeitern als besondere Zuwendung rund 4 % über die tariflichen Löhne hinaus zahlen. Außerdem hat sie bei den Notstandsarbeiten über den von der Stadt festgelegten Notstandsarbeiterlohn hinaus den vertraglichen Bauhüttenarbeiterlohn gezahlt. Rund 70 000 M sind der Belegschaft durch diese besonderen Zuwendungen zugute gekommen. Der Erfolg ihres Wirkens berechtigt zu der Hoffnung, daß die Bauhütte Solingen sich auch in der kommenden Zeit durchsetzen wird, trotz aller Schwierigkeiten. In der Solinger Arbeiterchaft liegt es, hierzu nach Kräften beizutragen.

Bau-Werkmeister.

Zur Steuer der Wahrheit.

Aus dem Bezirk Erfurt wird uns geschrieben: Aus einigen Vereinen geht uns die Mitteilung zu, der Bezirksleiter vom Polierbund, Kühn aus Leipzig, reise im Lande herum und erhalte in den Polierversammlungen, in Erfurt hätten unsere Mitglieder gelegentlich eines Polierstreiks als Streikbrecher gearbeitet. Dazu ist folgendes festzustellen: Im Sommer 1921 wurde in Erfurt, und zwar anshinend nicht ganz ohne Zutun der Unternehmer, eine Ortsgruppe des Polierbundes gegründet. Die Leitung dieser Ortsgruppe verhandelte dann ganz im stillen mit den Unternehmern und erreichte auf sehr nachsichtigen Gründen in der Hauptsache, daß ihren Mitgliedern vor der allgemeinen Regelung

der Ferien für die übrigen Bauarbeiter durch das Tarifamt für Thüringen Ferien gewährt wurden. Mit diesem Abder wurde dann ein Teil der bei uns und im Zimmerverband organisierten Poliere zum Polierbund herübergeholt. Unsere Vereinsleitung war von dem Vorhaben des Polierbundes in keiner Weise unterrichtet. Noch in einer von uns zum 7. März einberufenen öffentlichen Polier- und Schachtmeisterversammlung für Erfurt, an der auch Kollege Peters aus Gamburg teilnahm, erklärte die Ortsleitung des Polierbundes unter Zustimmung ihres Bezirksleiters Kühn ausdrücklich, sie könne ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz unabhängig vom Bauarbeiter- und Zimmerverband regeln und brauchte unsere Hilfe nicht. Damit befandete sie einen ziemlich starken Ständebündel und eine grenzenlose gewerkschaftliche Unerfahrenheit. Es war also nicht zu verwundern, daß die Ortsgruppe den Unternehmern im April Forderungen stellte, ohne sich mit uns zu verständigen und ohne uns dies auch nur mitzuteilen. Der Wortlaut dieser Forderungen ist uns auch bis heute noch nicht bekannt. Die Unternehmer lehnten diese Forderungen ab und die Polierbundsmitglieder stellten am 7. Mai die Arbeit ein. Die untern Verbände angehörenden Poliere blieben wegen des Vorhergesagten auf ihrer Baustelle. Der Vorstand des Polierbundes forderte dann unter Mitwirkung Kühns von unserer Vereinsleitung in Erfurt, sie solle die bei uns organisierten Poliere und Bauarbeiter zur Arbeitseinstellung veranlassen. Unsere Vereinsleitung war bereit, diese Forderung zu erfüllen, wenn die Ortsgruppenleitung des Polierbundes sich bereit erklärte, Verhandlungen mit den Unternehmern zur Beendigung des Kampfes und zur Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Poliere und Schachtmeister nur gemeinsam mit dem Bauarbeiterverband in Erfurt zu führen. Der Vorstand des Polierbundes verweigerte eine derartig selbstverständliche Zustimmung, und zwar unter Mitwirkung von Kühn noch am 12. Mai. Daraus ergab sich, daß die Herren Polierbündler unsern Verband bei den Verhandlungen nach wie vor auszuschalten beabsichtigten und ihn damals nur vor ihren verfahrenen Karren spannen wollten. Damit war die Stellung unserer Vereinsleitung zu diesem Kampfe gegeben; denn die Polierbundsleitung wollte ja keine Verhandlung. Wer etwas anderes behauptet, tut das wider besseres Wissen mit der Absicht zu verleumben, was hiermit öffentlich festgestellt sei.

Gipser und Stuckateure.

Im Haag in Holland ist über die Arbeiter der Firma Rauer mann, Stuckgeschäft aus Detmold, die Sperre verhängt worden. Bei den Arbeiten, die diese Firma an dem Neubau der Belonggesellschaft Berlin (Gisi Kine-Theater) im Haag auszuführen hat, sind Lohnstreikigkeiten ausgebrochen. Es wird gewarnt, Arbeitsangebote nach dem Haag anzunehmen, bevor der Streikfall beigelegt ist. Es wird darüber berichtet werden.

Vom Bau.

Bitterfeld. Auf der Sieblung Wert 8. ist es dringend notwendig, daß unsere Kollegen den Betriebsrat in der Durchführung des Bauarbeiterstreikes tatkräftig unterstützen. Das beweist uns ein Unfall, durch den am 30. Juni unser Kollege Ernst Naundorf aus Annaburg schwer zu Schaden kam. Er geriet nämlich zwischen zwei Ruffer der Sieblung und erlitt dadurch schwere innere Verletzungen. Dieser Unfall ist darauf zurückzuführen, das an beiden Seiten, dicht neben den Schienen, Erd- und Steinmassen lagen, ohne daß ein Weg neben den Schienen freigelassen war. So dicht lagen die Steinmassen neben dem Gleise, daß des öfters die Trieffretter der vorbeifahrenden Wagen zerborsten wurden. Nahezu 1 m hoch und kreuz und quer durcheinander lagen die Steinmassen, so daß ein Ausweichen unmöglich war. Der Passagier Herr Dorn, vom Betriebsrat auf die Notwendigkeit des Aufräumens hingewiesen, entgegnete, es sei Sache des Wertes und nicht die feine, für das Aufräumen zu sorgen. Er hatte aber doch mit dem Aufräumen beginnen lassen, nachdem der Betriebsratsvorsitzende bei dem Passagier des Wertes vorstellig geworden war. Kollegen, schüßt eure Gesundheit und euer Leben; sorgt mehr für besseren Bauarbeiterstreik.

Bonn. Am 1. Juli stürzten am Bau der Firma Ratter & Coppel zwei Maurer, die mit dem Ausfragen eines Resolites beschäftigt waren, aus etwa 2 1/2 m Höhe ab. Unser Kollege Wachsungen erlitt einige schmerzhaft Verletzungen und Verstauchungen und wird deshalb einige Zeit arbeitsunfähig sein. Der Unfall hätte leicht schlimmere Folgen haben können und wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Schutzvorrichtungen nicht außer Acht gelassen worden wären. Wo der Unternehmer, wie in diesem Falle, dauernd auf der Baustelle ist, darf darin erst recht nichts veräumt werden.

München-Grudbach. Am 6. Juli passierte hier an einem Fabrikneubau der Firma Industrie- und Sieblungsbaugesellschaft aus Köln ein schweres Baumunglück. Die Umfassungsmauern des Baues waren 8 m hoch und einen Stein stark fertig gemauert. In der Mittagsstunde des genannten Tages wurde die eine Seitenwand durch einen heftigen Windstoß bis auf die Grundmauer umgestoßen. Hinter der Wand befanden sich drei Kollegen, von denen einer einen Schädelbruch erlitt, ein zweiter Rippen- und Wehrbrüche davontrug, während der dritte leicht verletzt wurde. Sechs Kinder müssen bekräftigt, daß ihnen der Vater nicht. Wenn die Schuld an dem Unglück trifft, muß die Unternehmung ergehen. Die Mauerarbeit wurde in Accord ausgeführt von Kollegen, die meistens der Chemnitzer Richtung angehören. Auch die Berufungsläden gehören als SPD-Männer dem Verband der Aufgelsgruppe an. Als unser Vereinsangehöriger den Baudelegierten, der gleichfalls SPD ist, wegen des Unfalles befragte, erklärte dieser, er verweigere darüber jede Auskunft, denn er habe kein Zutreffen an der Aufführung. So sehen sie aus! Mit Worten radikal bis auf die Knochen, in der Wirklichkeit aber jeden Mitleids. Mit dem Mundwerk wollen sie helfen, mit der Tat vertragen sie. Kollegen! Denkt daran, daß durch die Unfälle eure gesunden Körper geschädigt werden!

Am 22. Juli ist der 29 Beitrag fällig.

